

Signatur: 2026.SR.0194
Geschäftstyp: Interpellation
Erstunterzeichnende: Tobias Sennhauser (TIF), Lukas Schnyder (SP)
Mitunterzeichnende: Lukas Wegmüller, Vera Zotter, Cemal Özçelik, Jacqueline Brügger, Evelyne Grieb, Laura Brechbühler, Barbara Keller, David Böhner, Matteo Micieli
Einreichdatum: 28. Mai 2026

Interpellation: Donut-Ökonomie als strategischer Kompass für die Stadt Bern; Antwort

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Inwiefern kann die Donut-Ökonomie als übergeordneter Orientierungsrahmen zur kohärenten Ausrichtung und Weiterentwicklung bestehender Strategien der Stadt Bern beitragen und welchen Mehrwert bietet sie für die strategische Steuerung und Priorisierung bestehender Massnahmen?
2. Ist der Gemeinderat bereit, für die Stadt Bern ein Set von Indikatoren und Zielen zu entwickeln, das soziale Mindeststandards und ökologische Belastungsgrenzen im Sinne der Donut-Ökonomie abbildet und überwacht?
3. Ist der Gemeinderat bereit, die Donut-Ökonomie als Entscheidungs- und Monitoringinstrument (z.B. im Sinne eines Impact Assessments) in den Entscheidungsprozessen der Stadtverwaltung zu prüfen und gegebenenfalls einzuführen?
4. Wie kann die Anwendung der Donut-Ökonomie in der Stadt Bern als Co-Creation-Prozess mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft gestaltet werden?
5. Welche konkreten Pilotprojekte (z.B. in den Bereichen Energie, pflanzlicher Ernährung, Beschaffung oder Kreislaufwirtschaft) könnten genutzt werden, um die Donut-Ökonomie praktisch zu erproben?

Begründung

Die Stadt Bern verfolgt bereits heute eine ambitionierte Klima- und Nachhaltigkeitspolitik. Mit dem Klimareglement und der Energie- und Klimastrategie 2035 hat sie sich verbindliche Ziele gesetzt, insbesondere das Ziel, bis spätestens 2045 Netto-Null-Emissionen zu erreichen.¹ Die Strategie umfasst konkrete Massnahmen in zentralen Bereichen wie Energieversorgung, Mobilität, Kreislaufwirtschaft und Ernährung und versteht die Transformation ausdrücklich als gesamtgesellschaftlichen Prozess.

Gleichzeitig bestehen weitere strategische Instrumente, insbesondere die Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung der Stadt Bern 2021-2030 (RAN2030). Sie dient als gesamtstädtischer Orientierungsrahmen. Sie verknüpft die Ziele der Agenda 2030 mit 50 Berner Nachhaltigkeitszielen und verbindet verschiedene Politikbereiche wie Ernährung, Klima, Biodiversität, Wirtschaft, Beschaffung und Partizipation. Die RAN2030 basiert zudem auf zentralen Leitprinzipien wie Suffizienz, Transformation und intergenerationaler Verantwortung. Diese zielen darauf ab, Ressourcen verantwortungsvoll zu nutzen, gesellschaftlichen Wandel aktiv zu gestalten und die Bedürfnisse zukünftiger Generationen mitzudenken.²

¹ <https://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/klima/energie-und-klimastrategie-2035>

² <https://www.bern.ch/rahmenstrategie-nachhaltige-entwicklung>

Im Rahmen eines früheren parlamentarischen Vorstosses (2021.SR.000198) hat sich der Gemeinderat bereits mit alternativen Wirtschaftsmodellen befasst und dabei auch die Donut-Ökonomie als Ansatz erwähnt. Die Donut-Ökonomie beschreibt einen sicheren und gerechten Handlungsraum zwischen sozialer Grundlage und ökologischen Belastungsgrenzen, innerhalb dessen sich eine Gesellschaft nachhaltig entwickeln kann. Im Kanton Bern haben sich die Einwohner:innen von Burgdorf, Erlach und Langnau kürzlich entschieden, ihre Gemeinden für ein Donut-Projekt der Umweltorganisation Greenpeace zu nominieren.³ Weltweit verfolgen über 50 lokale Regierungen eine Donut-Ökonomie.⁴

Eine aktuelle wissenschaftliche Empa-Studie kommt zum Schluss, dass ein gutes Leben für alle grundsätzlich innerhalb planetarer Belastungsgrenzen möglich ist. Die Autor:innen zeigen, dass die Grundbedürfnisse von 8,0 bis 10,4 Milliarden Menschen theoretisch innerhalb ökologischer Grenzen erfüllt werden können. Voraussetzung dafür sind jedoch tiefgreifende Veränderungen, insbesondere ein fossilfreies Energiesystem, eine weitgehend pflanzliche Ernährung sowie der Verzicht auf zusätzliche Umwandlung von Land in Ackerflächen. Zugleich macht die Studie deutlich, dass die grössten verbleibenden Herausforderungen bei den CO₂-Emissionen, der Biodiversität sowie den Stickstoff- und Phosphoreinträgen liegen. Gerade in diesen Bereichen könnte ein Modell wie die Donut-Ökonomie helfen, Zielkonflikte sichtbar zu machen und politische Prioritäten klarer zu setzen.⁵

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob ein klarer, übergeordneter Orientierungsrahmen zusätzlich helfen kann, bestehende Strategien über Direktionen und Ämter hinweg systematisch zusammenzuführen und Zielkonflikte sichtbar zu machen. Gerade im Kontext der Energie- und Klimastrategie 2035, die stark auf konkrete Massnahmen und Zielpfade fokussiert, könnte ein solcher Rahmen helfen, die langfristige Ausrichtung zu schärfen, Prioritäten transparenter zu setzen und Fortschritte besser messbar zu machen.

Ziel dieses Vorstosses ist es daher, zu klären, ob und wie die Donut-Ökonomie als praktisches Instrument für die strategische Weiterentwicklung der Stadt Bern genutzt werden kann.

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Die Theorie der Donut-Ökonomie bietet einen übergeordneten Orientierungsrahmen, wie es auch die Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals (SDG) bietet. Ein gemeinsamer Orientierungsrahmen kann dazu beitragen, bestehende Strategien und Massnahmen kohärent aufeinander auszurichten und ihre Umsetzung wirksam zu steuern. Im Unterschied zu den SDGs beschreibt das Donut-Modell ein systemisches Bild für den Zustand einer Stadt. Mit dem Donut sind die ökologischen Belastungsgrenzen und die gesellschaftlichen/sozialen Mindestanforderungen vorgegeben. Um die Grenzen aufzuzeigen, müssen Zustandsindikatoren für die verschiedenen Dimensionen bestimmt werden. Der Donut zeigt somit basierend auf einem Indikatorenset auf, wo eine Stadt steht, welche planetaren Grenzen überschritten werden und welche sozialen Defizite vorliegen. Den Mehrwert des Donuts gegenüber der Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (RAN2030) sieht der Gemeinderat in der Möglichkeit einfach zu kommunizieren. Es ist ersichtlich, wo die Stadt steht. Diese Ergebnisse sind aber wiederum abhängig von den gewählten Zustandsindikatoren und deren Verfügbarkeit und Qualität was den Mehrwert wieder relativiert.

Mit den SDGs liegen für alle Bereiche der nachhaltigen Entwicklung Ziele vor, auf die sich die Weltpolitik geeinigt hat. Mit der RAN2030 hat der Gemeinderat die globalen Ziele auf Bern heruntergebrochen und ein für die gesamte Stadt bedeutendes übergeordnetes Instrument geschaffen. Die Arbeiten finden in Handlungsschwerpunkten statt, dort, wo die Verwaltung die grösste Wirkung er-

³ <https://www.greenpeace.ch/de/happiness/>

⁴ <https://doughnuteconomics.org/stories/doughnut-in-local-governments-a-global-overview>

⁵ <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959652624008953>

zielen kann, um die Nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Die RAN 2030 soll als gemeinsames, langfristig angelegtes Planungsinstrument dienen, damit sich die Stadt konsequent weiter in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln kann. Mit dem Controlling der RAN 2030 verfügt die Stadt ebenfalls über ein Indikatorenset, welches nicht aus reinen Zustandsindikatoren besteht. Die Stadt hat damit eine Grundlage, mit der sich über die Jahre ein richtungsweisendes Monitoring über die Verwaltungsprozesse und die Wirkung von Massnahmen entwickelt. Mit der RAN 2030 hat der Gemeinderat die Möglichkeit, Prozesse und Projektplanungen zu steuern. Der Gemeinderat möchte an diesem Vorgehen festhalten und die erst kürzlich eingeführte Strategie und das damit verbundene Monitoring nicht bereits wieder durch ein Neues ersetzen.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die zwischenzeitlich etablierte RAN2030 ein eigenständiges Indikatorenset zur Abbildung und Überwachung des Fortschritts bezüglich der Berner Nachhaltigkeitsziele hat und dieses dafür genügt. Die Umsetzung und Berichterstattung zur RAN2030 zeigt die Entwicklung der Stadt auf, das verwendete Indikatorenset ist auf die Berner Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet und wird vom Gemeinderat weiterverfolgt. Die Entwicklung einer zusätzlichen Methodik würde zurzeit keinen lohnenden Mehrwert bieten. Die Stadt verfolgt etablierte Strategien und nutzt bestehende Indikatoren und Berichtssysteme zur Bewertung von Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Sozialaspekten. Vor diesem Hintergrund besteht aktuell nicht die Absicht, ein zusätzliches, an den Grundsätzen der Donut-Ökonomie ausgerichtetes Ziel- und Indikatorensystem zu entwickeln oder einzuführen.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass während der Laufzeit der RAN2030 ein Instrument in Kraft ist, das Nachhaltigkeitsziele für die Verwaltung greifbar macht. Mit der vorliegenden Rahmenstrategie hat er einen umfassenden Rahmen abgesteckt und Nachhaltigkeitsziele für die Stadt definiert, welche mit Indikatoren versehen sind. Somit kann auch mit dem vorliegenden Controlling zur RAN 2030 die Veränderung in der Stadt aufgezeigt werden. Der neue Ansatz gemäss der Theorie der Donut-Ökonomie stellt aktuell keinen zusätzlichen Mehrwert dar, der die Erstellung und Einführung eines zusätzlichen Managementsystems anzeigen würde.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat plant zurzeit nicht, ein zusätzliches Managementsystem basierend auf der Theorie der Donut-Ökonomie einzuführen. Daher ist auch kein entsprechender Co-Creation-Prozess vorgesehen.

Unabhängig davon setzt die Stadt bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Strategien und Massnahmen, welche zur Umsetzung des Handlungsbedarfs auf der RAN beitragen, auf eine enge Zusammenarbeit mit Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Beteiligungsformate, fachlicher Austausch und Kooperationen sind etablierte Bestandteile der kommunalen Arbeit und werden dort eingesetzt, wo sie zur Erreichung der jeweiligen Ziele einen Mehrwert bieten.

Zu Frage 5:

Der Gemeinderat plant zurzeit nicht, ein zusätzliches Managementsystem basierend auf der Theorie der Donut-Ökonomie einzuführen. Es sind daher keine Pilotprojekte zur praktischen Erprobung dieses Ansatzes vorgesehen.

Bern, 16. September 2026

Der Gemeinderat

